

„Kriegstüchtigkeit“ als neues Paradigma deutscher Verteidigungspolitik?

Johannes Varwick

Wir leben in einer Ära der Gewalt in den internationalen Beziehungen – inwieweit das neu ist, darüber lässt sich streiten: Jedenfalls gibt es zu Beginn des Jahres 2024 eine Zahl, Intensität und Dauer von bewaffneten Konflikten wie seit 1990 nicht mehr. Der damalige Außenminister Steinmeier (2015) konstatierte, die Welt sei „aus den Fugen“; ein Jahrzehnt später muss man 2024 wohl eher sagen: Die Welt steht in gewisser Weise in Flammen. Neben den die westlichen Öffentlichkeiten bestimmenden Krisenherden Ukraine und Nahost gilt dies für massive Gewalt etwa im Süd-Kaukasus oder im Jemen, im Sudan ebenso wie in Äthiopien, und der Militärputsch in Niger war der sechste Staatsstreich in der Sahelzone seit 2020, betroffen davon war auch die gescheiterte Bundeswehrmission in Mali. So zeigt etwa der „Global Peace Index“ (Institute for Economics and Peace 2023), dass die Welt 2023 zum 13. Mal in den vergangenen 15 Jahren weniger friedlich geworden ist.

Mit dem überstürzten Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan im August 2021 nach einer mehr als 20 Jahre andauernden massiven Präsenz – wer redet heutzutage noch darüber – war insofern ein Wendepunkt erreicht, als dass zunehmend kritisch diskutiert wurde, ob sich mit militärischem Engagement andere Staaten stabilisieren und die teils hochgesteckten politischen Ziele von Regimewechsel bis Demokratisierung erreichen lassen (Varwick 2021). Die langen zwei Dekaden der Interventionen, die mit dem Afghanistan-Krieg 2001 begonnen hatten und mit desaströsen Ergebnissen etwa im Irak 2003 und in Libyen 2011 fortgesetzt wurden, waren insofern mit dem Abzug aus Afghanistan an ihr Ende gekommen. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 ist dann abermals eine Zeitenwende eingetreten, die so gut wie alle sicherheitspolitischen Gewissheiten der vergangenen Jahre auf den Kopf stellt.



Prof. Dr. Johannes Varwick

Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und europäische Politik
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Diese Erfahrungen haben in Deutschland den Beginn eines sicherheitspolitischen Umdenkens eingeleitet. Der Begriff der „Zeitenwende“ spiegelt das wider – konkretisiert etwa durch eine bisher für undenkbar gehaltene Steigerung der Verteidigungsausgaben inklusive eines schuldenfinanzierten Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro sowie die erstmalige Erarbeitung einer nationalen Sicherheitsstrategie.

Wechselnde Konjunkturen des Themas Sicherheitspolitik

Sicherheitspolitik hat also wieder Konjunktur. Ob das eine gute Nachricht ist, bleibt fraglich, denn zugleich ist Sicherheitspolitik wie das Rentensystem oder die Infrastruktur eigentlich nur dann im Fokus der Öffentlichkeit, wenn etwas kaputt ist. Dabei gab es eine lange Phase in der deutschen Politik nach 1990, in der Sicherheitspolitik als randständiges Außenseiterthema galt. Bis mindestens 2022 gab es eine sich öffnende Schere zwischen Auftrag und Mitteln der Bundeswehr. Deutschland war zweifellos „von Freunden umzingelt“ (so etwa der damalige Bundespräsident Johannes Rau im Jahr 2005) und zugleich im Wesentlichen damit befasst, seine neu gewonnene Einheit zu realisieren. Eine Friedensdividende wurde von weiten Teilen der Gesellschaft eingefordert und auch Schritt für Schritt umgesetzt. Viele Verbände der Bundeswehr wurden aufgelöst und Personal massiv reduziert, einsatzwichtiges Material verschrottet oder verkauft und die Bevorratung an Ersatzteilen und Munition aus Kostengründen drastisch heruntergefahren. Die Wehrpflichtdauer wurde auf ein Niveau reduziert, das militärisch kaum noch sinnvoll war, und zugleich glaubte man, auf Reservisten mehr und mehr verzichten zu können. 2011 wurde die Wehrpflicht dann schließlich ausgesetzt. Parallel dazu geriet Deutschland immer stärker unter internen und externen Druck, als leistungsstarke Wirtschaftsmacht einen militärischen Beitrag bei der internationalen Krisenbewältigung zu leisten. Deutschland sollte auch sicherheitspolitisch Mitverantwortung übernehmen und einen Teil der jahrzehntelang erlebten Solidarität zurückgeben.

Ab 2014 – mit der russischen Annexion der Krim – änderte sich das Bild schrittweise wieder. Mit dem Paradigmenwechsel in der strategischen Einschätzung hinsichtlich Russlands geriet die klassische Verteidigungsfähigkeit in Europa erneut in den Fokus. Die Bundeswehr galt als in Teilen nicht durchhaltefähig einsatzbereit, es mangelte an der persönlichen Ausstattung der Soldaten, die Munitionsbevorratung unterschritt die Nato-Vorgaben zum Teil drastisch, der Truppe fehlte es an Schiffen, Panzern und Helikoptern, Luftverteidigung und Kampfflugzeugen. Um diese Lage zu verbessern hatte das Verteidigungsministerium unter der Leitung von Ursula von der Leyen 2016 sogenannte Trendwenden in den Bereichen Finanzen, Personal, Material und Infrastruktur ausgerufen und 2018 schließlich mit einer neu vorgelegten Konzeption der Bundeswehr und einem neuen Fähigkeitsprofil die Strategie der Bundeswehr festgelegt. Die Erfahrungen mit diesen Trendwenden und den zahlreichen Versuchen, die Bundeswehr zu reformieren, waren jedoch bis zur Zeitenwende 2022 eher ernüchternd (Varwick 2020).

Das Kind mit dem Bade ausgeschüttet

Ich selbst hatte in dieser Phase argumentiert, dass es bei dem Ruf nach mehr Verantwortung in der Sicherheitspolitik nicht um eine Militarisierung der deutschen Sicherheitspolitik gehen dürfe und auch nicht ging – auch wenn das natürlich in der politischen und wissenschaftlichen Debatte umstritten war. Mein Argument: Deutschland als traditionelle Zivilmacht neige gewiss nicht zu militärischen Abenteuern, aber müsse sich als bekennender Multilateralist an verbindliche internationale Abmachungen halten. Verweigere Deutschland sich selbst und Europa eine starke Bundeswehr, so setze es die Säulen seiner heutigen und vor allem künftigen Sicherheit aufs Spiel – die Bundeswehr erst dann ad hoc angemessen auszustatten, wenn eine Krise da sei, in der unmittelbarer Handlungsbedarf erkannt wird, werde dann kurzfristig nicht gelingen (Varwick/Techau 2019).

Doch wo stehen wir jetzt? Es ist vollkommen nachvollziehbar, dass das russische Verhalten zu massiven Reaktionen und zur Neubewertung der Lage führt. Die Schuldfrage ist eindeutig. Das heißt aber nicht, dass die Begleitstrategien unstrittig wären. Die deutsche Außenministerin fordert bei jeder Gelegenheit die Verteidigung der Werte und eine „Wehrhaftigkeit auf der Höhe der Zeit“. Die Herausforderungen für unsere Sicherheit zögen sich durch alle Lebensbereiche (Baerbock 2022). Der deutsche Verteidigungsminister folgert aus alledem, Deutschland brauche einen Mentalitätswechsel. Deutsche Sicherheit wird plötzlich nicht mehr am Hindukusch verteidigt. Man müsse sich vielmehr an den Gedanken gewöhnen, so der Verteidigungsminister erstmals öffentlich in einem Interview mit dem ZDF im Oktober 2023, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte, „und das heißt, wir müssen kriegstüchtig werden, wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen“ (Pistorius 2023). Er führte diesen Gedanken dann Anfang November 2023 grundlegend in einer Rede bei der Bundeswehrtagung aus: Deutschland müsse Rückgrat der Abschreckung und kollektiven Verteidigung in Europa sein. „Unsere Bevölkerung, aber auch unsere Partner in Europa, Nordamerika und der Welt erwarten von uns, dass wir uns dieser Verantwortung stellen“. Deutschland solle „sicherheitspolitisch erwachsen“ werden. Die Bundeswehr müsse sich auf einen „Kampf gegen einen mindestens ebenbürtigen Gegner ausrichten“ und dann auch im hochintensiven Gefecht durchhaltefähig sein. „Wir wollen diese Auseinandersetzung nicht nur gewinnen, sondern wir müssen. Dies gibt den Takt vor“ (Pistorius 2023a).

Pistorius sieht, sekundiert von Think Tanks wie der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, „ungefähr fünf bis acht Jahre, in denen wir aufholen müssen“ um sich gegen einen russischen Angriff zu wappnen (Mölling/Schütz 2023). Sein Generalinspekteur ergänzt: „Kriegstüchtigkeit ist ein Prozess, den wir durchlaufen werden. Und weil ich Militär bin, sage ich: In fünf Jahren müssen wir kriegstüchtig sein“ (Breuer 2024: 8). Woher genau diese recht exakten Zeitangaben kommen und welche konkrete Bedrohungsanalyse sich dahinter verbirgt, bleibt im Verborgenen. Einem Russland, das bereits in der Ukraine große Schwierigkeiten hat, seine militärischen Ziele zu erreichen, und von dem zugleich viele, die eine Zeitenwende fordern be-

hauften, es könne gegen die Ukraine verlieren, zugleich eine konkrete Bedrohung für Staaten der Nato zu unterstellen, passt nicht recht zusammen.

Auch wenn es Aufgabe und Verfassungsauftrag eines jeden Verteidigungsministers ist, die Verteidigungsfähigkeit sicherzustellen: Dafür Russland „zur permanenten Bedrohungslage“ zu erklären, halten manch kundige Beobachter für einen fragwürdigen Weg. „Selbst in der Hochzeit des Kalten Krieges hatten wir kein Feindbild und haben es auch nicht gebraucht. Die Abwesenheit eines Feindbildes ist für sich bereits ein starkes Mittel einer Verteidigungsstrategie. Es kann potenziellen Gegnern irrationale Ängste nehmen oder diese mildern“ (Vad 2024).

Strategieentwicklung

Zugleich bewegen sich die aktuellen Aussagen von führenden PolitikerInnen der Regierungsfraktion natürlich nicht im luftleeren Raum, sondern Deutschland hat seine Sicherheitspolitik spätestens nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24.2.2022 konzeptionell und in nachvollziehbarer Weise erheblich angepasst. Ausgangspunkt war die „Zeitenwende-Rede“ von Bundeskanzler Scholz im Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022. Darin argumentierte er angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine, dass Deutschland „deutlich mehr in die Sicherheit unseres Landes investieren muss, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen“. Dies sei eine große nationale Kraftanstrengung mit dem Ziel einer leistungsfähigen, hochmodernen Bundeswehr, „die uns zuverlässig schützt“ (Scholz 2022).

Die nationale Sicherheitsstrategie vom Juni 2023 – die erste überhaupt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – definiert Landes- und Bündnisverteidigung als Kernauftrag der Bundeswehr. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom November 2023 heißt es u. a., dass Staat und Gesellschaft die Bundeswehr jahrzehntelang vernachlässigt hätten. Zu lange sei das Szenario eines Krieges in Europa und einer direkten Bedrohung unseres Landes für kaum vorstellbar gehalten und die Bundeswehr stattdessen auf weltweite Einsätze zum internationalen Krisenmanagement ausgerichtet worden. „Für Landes- und Bündnisverteidigung notwendige und selbstverständliche Strukturen und Fähigkeiten wurden aufgegeben. Das müssen wir umkehren“ (Verteidigungspolitische Richtlinien 2023: 6). Um auch künftig in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben zu können „müssen wir wehrhaft und resilient sein. Unsere Wehrhaftigkeit ist eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, weil Bedrohungen mit allen Instrumenten der Integrierten Sicherheit begegnet werden muss. Die Bundeswehr ist ein Kerninstrument unserer Wehrhaftigkeit gegen militärische Bedrohungen. Hierzu muss sie in allen Bereichen kriegstüchtig sein“ (ebd.: 9).

Selbstverständlichkeiten und falsche Tonlage

In den sicherheitspolitischen Grundlagendokumenten wie auch in den Aussagen führenden RegierungspolitikerInnen wird einerseits eine blanke Selbstverständlichkeit ausgesprochen: Wer Frieden sichern will, muss verteidigungsfähig sein, und wer Streitkräfte hat, muss diese auch so aufstellen, dass sie einsatzfähig sind. Doch die Gefahr des „Sicherheitsdilemmas“ (siehe ausführlicher Lahl/Varwick 2022: 146) darf dabei nicht vollständig ausgeblendet werden. Jede aus eigener Sicht noch so berechnete militärische Anstrengung zur Erhöhung der eigenen Sicherheit oder zur Abwehr konkreter Bedrohungen birgt zumindest die Gefahr, dass Dritte sie als bedrohlich wahrnehmen und sich zu eigener Aufrüstung veranlasst sehen. Dadurch – und darin besteht das Dilemma – kann letztlich Unsicherheit für alle verstärkt werden. Deshalb muss besonders auf das „framing“ geachtet werden. Zudem ist nach der Ukraine- die Nahostkrise der zweite Fall, bei dem sehr viele unreflektiert und in erschreckender Eindimensionalität und Schlichtheit auf die Militärkarte setzen. Wer eine normale deutsche Nachrichtensendung sieht oder eine beliebige Tageszeitung liest, der findet sich in diesem Eindruck bestätigt.

Jede/r darf dazulernen, und neue Fragen erfordern neue Antworten. Es ist unvermeidlich, dass der russische Angriff zu Rückbesinnung auf das Thema Verteidigungsfähigkeit mitsamt den dazu für manche sicher unbequemen Schritten führt. In diesem Sinne ist es angemessen und geboten, dass alle Mitgliedstaaten der Nato einen angemessenen Beitrag zur kollektiven Verteidigung leisten. Deutschland hat da gewiss Nachholbedarf. Allerdings ist das Gerede von der „Kriegstüchtigkeit“ überzogen und trifft nicht den richtigen Ton. Es scheint mehr der Eigen-PR und dem Rechtfertigungszwang für eine weitere Erhöhung des Verteidigungshaushaltes geschuldet zu sein als einer sachlichen sicherheitspolitischen Bestandsaufnahme. Zugleich ist es nicht so, dass Deutschland militärisch „total blank“ (so die Aussage des Inspektors des Heeres, Alois Mais, am Tag des russischen Überfalls auf die Ukraine, Spiegel 2022) dastünde. In den vergangenen zehn Jahren hat sich der deutsche Verteidigungshaushalt von 32,4 Milliarden 2014 auf 71 Milliarden 2024 (davon 51,8 Milliarden regulär und 19,2 Milliarden aus dem „Sondervermögen Bundeswehr“) mehr als verdoppelt. Nach Nato-Kriterien (2023) lag der deutsche Verteidigungshaushalt ohne das „Sondervermögen“ bei 68,08 Mrd. US-Dollar, was 1,57 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entspricht. Die von allen Mitgliedstaaten zugesagte Quote von zwei Prozent des BIP wird damit freilich nur unter Hinzurechnung des Sondervermögens erreicht, welches aber 2027 ausgegeben sein wird und in der bisherigen Finanzplanung des Bundes bisher keine Fortführung erfährt. Es gibt also mittelfristig tatsächlich Handlungsbedarf, der durch die Unwägbarkeiten durch innenpolitische Veränderungen in den USA verstärkt wird. Unabhängig davon ist die Nato heute ungleich stärker als ihr Feind Russland. Den insgesamt rd. 1264 Mrd. US-Dollar, den alle derzeit 31 Nato-Staaten (also noch ohne Schweden) 2023 gemeinsam aufwenden, steht ein russischer Verteidigungshaushalt gegenüber, der – obschon er rasant aufwächst – ein Bruchteil davon beträgt. Dies gilt selbst dann, wenn man nur die Ausgaben der europäischen Staaten addiert (Nato 2023).

Bewahrung des Friedens als realpolitische Aufgabe

Fast alle in der deutschen Politik haben verstanden, dass Sicherheitspolitik in Deutschland in der Vergangenheit allzu stiefmütterlich behandelt wurde und Verantwortung in gewisser Weise neu ausbuchstabiert werden muss. Diese Erkenntnis sollte nicht durch Rabulistik und unnötige Kriegsrhetorik konterkariert werden. Deutschland sollte mithin ein realistisches Verständnis von außenpolitischer Verantwortung entwickeln. Das geht weit über die aktuellen Kriege in der Ukraine oder im Nahen Osten hinaus, hat aber doch Berührungspunkte mit ihnen.

Sicherheitspolitik in einer Welt voller Komplexität und Dynamik bedarf eines umfassenden und vernetzten Ansatzes, der die relevanten Instrumente und Akteure in ausgeglichener Balance verknüpft. Militärische Mittel sind und bleiben dabei unverzichtbar, reichen jedoch nicht hin und sollten mit großer Bescheidenheit und nur mit einem klaren politischen Zweck eingesetzt werden. Die Bilanz bisheriger Militäreinsätze lehrt Bescheidenheit und Zurückhaltung. Es ist keine gute Idee, im politischen Diskurs um Krieg und Frieden von einem Extrem ins andere zu verfallen und vermeintliche moralische Prinzipienfestigkeit über jede realpolitische Vernunft zu stellen. Richtig bleibt, dass Sicherheitspolitik heute breiter gedacht werden muss und wir uns nicht allein auf militärische Fragen konzentrieren sollten – ohne mit dem Verweis auf das Engagement in einem Bereich den anderen zu vernachlässigen. Gleichzeitig sollten die politisch Verantwortlichen seit Clausewitz verinnerlicht haben, dass vor der Entscheidung zum Einsatz von Militär als ‚Mittel der Politik‘ die Frage zu beantworten ist, welcher politische Zweck mit welchem militärischen Ziel und welchen Mitteln erreicht werden soll. Bei dieser Zweck- und Zieldefinition sind Chancen und Risiken des eigenen Handelns nüchtern und realistisch zu bewerten. Fehlt eine solche Abwägung, dann besteht das Risiko ungewollter Nebenwirkungen und – wie die Interventionen der vergangenen Jahrzehnte gezeigt haben – einer unerwünschten Eskalation oder bestenfalls eines Stillstandes ohne erkennbare Fortschritte. Während bei Clausewitz ‚Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln‘ war, wird Krieg nun zur Verteidigung unserer Werte mit anderen Mitteln. Das ist ein verhängnisvoller Irrweg.

Zu den entscheidenden Richtungsfragen wird auch gehören, wie sich Deutschland in der Frage positioniert, ob Demokratie und Menschenrechte zentraler Maßstab sicherheitspolitischen Handelns sein sollen oder ob auch mit autoritären Staaten wie China und Russland ein stabiler und womöglich pragmatischer Interessenausgleich möglich ist. Pragmatisch zu sein bedeutet nicht, Gefahren zu ignorieren, über Menschenrechtsverletzungen hinwegzusehen oder kurzfristige Wirtschaftsinteressen absolut zu setzen. Es bedarf aber Kompetenz und Empathie, andere Länder nach Maßgabe ihrer eigenen historischen und gesellschaftspolitischen Entwicklung einzuschätzen und zu verstehen, bis wohin die eigenen Absichten greifen. Wertefundamentalismus (Baerbock) und Alarmismus (Pistorius) vernebeln den Blick für eine realistische Sicherheitspolitik, die den Widersprüchen der Weltpolitik Rechnung trägt.

Leitend sollte immer die Bewahrung des Friedens und der eigenen Wertebasis sein. Aber dort, wo eine wertegeleitete Politik sich als nicht durchsetzbar erweist, muss Realpolitik im Sinne einer realistischen Betrachtung der gegebenen Kräftever-

hältnisse und Handlungsmöglichkeiten gemacht werden. In gewisser Weise droht die deutsche Sicherheitspolitik das Kind mit dem Bade auszuschütten. Deutschland sollte zu einer verantwortungsvollen, ausbalancierten, friedensorientierten und zugleich realistischen Sicherheitspolitik zurückfinden. An deren erster Stelle muss eine Politik des Interessenausgleichs, der diplomatischen Tugenden, der Verlässlichkeit und der Rüstungskontrolle stehen. Wer in diesem Sinne von „Kriegstüchtigkeit“ redet, der überzieht. Die deutsche Sicherheitspolitik sollte weder den „Kriegsertüchtigern“ noch den „Wertefundamentalisten“ überlassen werden. Es ist schlichtweg unklug, den Begriff des Friedens nur FundamentalkritikerInnen und PazifistInnen zu überlassen. Es sollte vielmehr darum gehen, Friedensfähigkeit – nichts weniger ist Auftrag in der Präambel des Grundgesetzes – breit getragen mit Verteidigungsfähigkeit und wirksamer Abschreckung zu verbinden.

Literatur

- Baerbock, Annalena (2022): Rede der Bundesministerin des Auswärtigen bei der Auftaktveranstaltung zur Entwicklung einer Nationalen Sicherheitsstrategie am 18. März 2022 in Berlin, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-der-bundesministerin-des-auswaertigen-annalena-baerbock--2018808>.
- Breuer, Carsten (2024): In fünf Jahren kriegstüchtig sein, Interview mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr in der Welt am Sonntag vom 11.2.2024, S. 8.
- Bundesministerium der Verteidigung (2023): Verteidigungspolitische Richtlinien, Berlin.
- Bundesregierung (2016): Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin.
- Bundesregierung (2023): Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland, Berlin.
- Der Spiegel (2022): Bundeswehr steht aus Sicht von Heeresinspekteur „mehr oder weniger blank da“, 24.2.2022, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-invasion-bundeswehr-steht-laut-heeresinspekteur-mehr-oder-weniger-blank-da-a-e5bdc1f4-e9d3-472f-9ed7-beed5aa02eb0>.
- Institute for Economics and Peace (2023): Measuring peace in a complex world. Global Peace Index 2023, <https://www.visionofhumanity.org/wp-content/uploads/2023/06/GPI-2023-Web.pdf>.
- Lahl, Kersten/Varwick, Johannes (3/2022): Sicherheitspolitik verstehen. Handlungsfelder, Kontroversen, Lösungsansätze, Frankfurt/M.
- Mölling, Christian/Schütz, Torben (2023): Den nächsten Krieg verhindern, Berlin, DGAP-Policy Brief 32/2023.
- Nato (2023): Defence Expenditure of Nato Countries (2014-2023), https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2023/7/pdf/230707-def-exp-2023-en.pdf.
- Pistorius, Boris (2023): Interview mit der ZDF-Sendung „Berlin direkt“ am 30.10.2023, <https://www.zdf.de/politik/berlin-direkt/pistorius-wir-muessen-kriegstuechtig-werden-berlin-direkt-100.html>.
- Pistorius, Boris (2023a): Rede des Bundesministers der Verteidigung am 10.11.2023 auf der Bundeswehrtagung in Berlin, <https://www.bmvg.de/de/mediathek/verteidigungsminister-wir-muessen-kriegstuechtig-werden-5701664>.

- Rau, Johannes (2005): „Wir sind doch von Freunden umzingelt“, Interview mit dem Bundespräsidenten am 8.5.2005, <https://www.tagesspiegel.de/politik/wir-sind-doch-von-freunden-umzingelt-johannes-rau-uber-seine-lehren-aus-dem-8-mai-1945-1218364.html>.
- Scholz, Olaf (2022): Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27.2.2022, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>.
- Steinmeier, Frank-Walter (2015): Rede des deutschen Außenministers beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart am 7.6.2015, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/150607-rede-bm-kirchentag-kofi-annan/272218>.
- Vad, Erich (2024): Interview mit der Berliner Zeitung vom 11.2.2024, <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/erich-vad-im-interview-ueber-das-schicksal-der-ukraine-wird-in-washington-und-moskau-entschieden-li.2185298>.
- Varwick, Johannes (2020): Von Leistungsgrenzen und Trendwenden. Was soll und kann die Bundeswehr, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (16/17), S. 31-37.
- Varwick, Johannes (2021): 20 Jahre Bundeswehr in Afghanistan - Ein Scheitern auf ganzer Linie?, *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, (3), S. 314-319. <https://doi.org/10.3224/gwp.v70i3.01>
- Varwick, Johannes/Techau Jan (2019): Deutschland muss wieder verlässlich werden, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 19.9.2019, S. 10.